

Bezugspreis: Vierteljährl. 10,50 M., monatl. 3,50 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die schließliche Kompositionelle ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 6. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Um den U-Boot-Krieg.

Das bisherige Ergebnis.

Man hat sich im Untersuchungsauß... nun tagelang darüber unterhalten, ob Wilson ein böser Mann oder ein guter Mann ist.

Da die Neutralität Amerikas für uns ein kostbares Gut war, hätte man mit ihr nicht so umspringen dürfen, wie das tatsächlich geschehen ist.

Das scheint uns das ein für allemal feststehende Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zu sein.

Von den Männern, die bisher am Zeugnis erschienen, hat nur Bernstorff seinen Ruf gerettet.

Herr Zimmermann war der erste deutsche Staatssekretär des Auswärtigen ohne Adelstitel.

Schließlich Bethmann! Man hat ihn als den wiedergefunden, als den man ihn kannte.

Zu Beginn der heutigen Donnerstagssitzung ist Bethmann noch nicht erschienen.

Es erscheint nun der Admiral Koch. Das Thema ist selbstverständlich der unbeschränkte U-Boot-Krieg.

Bethmann stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß Goldendorff über die Friedensaktion in Washington unterrichtet war, an dem ehrlich neutralen Vermittlerwillen Wilsons aber

Judenitsch umzingelt?

Drahtlos wird aus Moskau berichtet, das Heer des Generals Judenitsch sei von den roten Truppen vollständig umzingelt.

Im Unterhand sagte der Außenminister Harmsworth in Erwiderung auf eine Anfrage, soweit England in Betracht komme, würden die Maßnahmen zur Verhinderung des Handels mit den von den Bolschewisten beherrschten Teilen Russlands aufrecht erhalten.

Staatssekretär Philipp wurde von der Kommissionsmitgliedern der amerikanischen Senates vernommen und erklärte, daß die Vereinigten Staaten an der Blockade Petersburgs nicht teilnehmen können.

Eine französische Maßregelung.

Wegen der Vergerung, auf Gemeindefestlichkeiten ein Verbot für die französischen Soldaten zu errichten, mußte der Wiesbadener Oberbürgermeister Gläffing mit und Stadt verlassen.

Gleichzeitig redete Herr Clemenceau in Straßburg vom Weltkrieg der Demokratie.

In der Folge erliegen die Franzosen ihre schwarzen Soldaten durch weiche.

Wasserkraftsassistenz Hollendorff in Wiesbaden ist auf Verlegung der belgischen Militärverwaltung abtransportiert worden.

Unabhängiger Selbstverrat!

Die heutige Morgenausgabe der „Freiheit“ sucht den vollständigen Rückzug der Radikalen, die den gestrigen von ihnen proklamierten Generalstreik wieder abblasen müssen.

Demgegenüber sei hier festgestellt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission, die gestern im richtigen Gefühl gewerkschaftlicher Verantwortung und gewerkschaftlicher Tatkraft die Beteiligung am Generalstreik ablehnte.

Haases Zustand hoffnungslos!

Quas Haase ist außerordentlich schwach und zeitweilig ganz benommen. Die Temperatur betrug heute morgen 39 Grad.

zweifelte. Der Vorliegende drängt nach klarer Auskunft darüber, ob die Seeresleitung gewußt habe, daß der Friedensschritt Amerikas von Deutschland angeregt war.

Schließlich wird ihm von Helfferich ein Aktenschild zugesprochen, das er zur Verlesung bringt. Es geht daraus hervor, daß die Oberste Seeresleitung durch Telegramme vom 1. und 21. Oktober von der Mission Bernstorffs unterrichtet worden

ist. Bethmann kommt dann noch einmal auf seine prinzipielle Rolle in diesem Verfahren zu sprechen und erbittet sich vom Vorsitzenden die Bestätigung, daß er diese Rolle richtig aufgefaßt.

Singheimer möchte nun gerne wissen, ob die Oberste Seeresleitung auch über die diplomatischen Vorgänge zwischen dem 26. Dezember und 8. Januar aufgeklärt worden sei.

Zimmermann wirft geschäftig ein, er habe täglich alles Wichtige ins Hauptquartier telefoniert. Was aber nicht vielleicht hier der Leitungsfehler? Es scheint so, denn, wie Singheimer feststellt, hat Zimmermann am 26. Dezember an den Vorkämpfer nach Wien telegraphiert.

David macht darauf aufmerksam, daß Zimmermann schon zum 2. Januar eine Verschärfung des U-Boot-Krieges gewünscht habe.

Der Vorsitzende kommt dann auf Bethmanns Aufforderung zurück, sich über die Stellung der Zeugen in diesem Verfahren zu äußern.

Darüber gibt es noch eine weitere Debatte, und gegen 12 Uhr kommt man auf den Admiral Koch zurück, der noch immer am Verhandlungstisch sitzt mit seinem Manuskript in der Hand.

Singheimer stellt nun fest, daß nach den Akten des Auswärtigen Amtes am 1. März 1916 38 Boote vorhanden waren, am 1. Mai 1916 50 Boote (und damit wollte Tirpitz den unbeschränkten U-Boot-Krieg machen!).

Darüber ist es 1 Uhr geworden und nun kann Admiral Koch seine zweimal unterbrochene Vorlesung wieder aufnehmen.

Der Sitzungsbericht.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung liest Sachverständiger Gesandter v. Romberg, einige Fragen an den Grafen v. Bernstorff richten zu dürfen.

v. Romberg: Graf Bernstorff stand auf dem Standpunkt, daß Wilson und verhältnismäßig günstig gefinnt sei, während in Berlin das schwerste Mißtrauen bestand.

Graf Bernstorff: Unter einziges Kabel war zerstört worden. Sämtliche Schiffe mußten in England anlaufen. So blieb uns nur der drahtlose Weg. Die amerikanische Regierung hat sich zu Anfang auf den Standpunkt gestellt, daß die drahtlose Station vor dem Kriege nicht in vollem Betriebe war.

Schiebung der Station. Die amerikanische Regierung nahm darauf die Station in die Verwaltung und verlangte, daß sie von allen Telegrammen Kenntnis erhält. Wir dürfen diffidieren, müßten aber die Chiffre bei der amerikanischen Regierung deponieren. Diese konnte also den Inhalt unserer Depeschen, der allerdings der Entente verheimlicht wurde; es ist wirklich der Fall war, kann ich natürlich nicht beschwören. Es bestand die Absicht, den jetzigen Unterstaatssekretär Albert auf dem Unterseeboot „Deutschland“ nach Berlin zu schicken. Diese Reise scheiterte aber an dem Einspruch des Kapitäns König. Ich selbst konnte natürlich nicht weg, die Entente würde mich nicht durchgelassen haben. Die amerikanische Regierung hat den Verhältnissen in gewissem Sinne Rechnung getragen, indem sie Gerard nach Amerika holte.

v. Nowberg bittet den Staatssekretär a. D. Zimmermann um Auskunft über diese Verhältnisse.

Zimmermann: Ich habe mich auch mit Gerard darüber unterhalten, ob es nicht möglich wäre, ein größeres Entgegenkommen herbeizuführen. Gerard erklärte, daß seine Regierung die Neutralität

nach außen hin wahr zu machen müsse. Es könne von der Entente nicht unheimlich werden, wenn wir zu häufig von dem amerikanischen Handel Gebrauch machten. Infolgedessen waren wir verpflichtet, unsere Korrespondenz mit dem Vorkaustler möglichst zu beschränken. Der funkentelegraphische Verkehr war für geheime Nachrichten durchaus ungeeignet. Wir hatten das Vertrauen, daß unsere diffizierten Depeschen sofort der Entente bekanntgegeben würden. Ein anderer unüblicher Weg über verschiedene neutrale Stationen konnte nur in den äußersten Fällen benutzt werden. Ein persönlicher Meinungsaustausch mit dem Vorkaustler oder eine Übermittlung persönlicher Einträge aus der Vorkaustler wäre sehr erwünscht gewesen. Die Heimfahrt des Geheimrats Albert scheiterte, weil die Gesellschaft, der das U-Boot gehörte, nicht Unannehmlichkeiten mit der amerikanischen Regierung sich auferlegen wollte.

Hj. Schilling (Dem.): Sahen Sie in dem Verhalten der amerikanischen Regierung in diesem Falle eine unfreundliche Handlung?

Graf Bernstorff: Wir waren der Ansicht, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung falsch sei. Diese glaubte, sie könne nach der Haager Konvention nicht anders handeln. — Auf eine Anfrage des Sachverständigen Dr. Hensch erklärt

Graf Bernstorff weiter: Die Chiffre wurde nicht so oft gewechselt, wie das unter normalen Verhältnissen geschehen wäre. Wäre der Verkehr nicht unterbrochen worden, so würden wir monatlich oder alle zwei Monate einen Wechsel vorgenommen haben. Wir haben aber nur durch die beiden Reisen der „Deutschland“ neue Chiffren erhalten. Später erfuhr ich, daß die Engländer unsere sämtlichen Telegramme dechiffriert haben. Wenn eine genügende Anzahl von Telegrammen vorhanden war, so konnte jede Chiffre dechiffriert werden.

Sachverständiger Dr. Hensch: Von Verrat oder Verschiffenheit ist also keine Rede?

Graf Bernstorff: Ich glaube nicht an Verrat oder Verschiffenheit.

Es folgt die

Vernehmung des Admirals Koch,

ersten Vizepräsidenten des verstorbenen Chefs des Admiralstabs v. Holtenhoff.

Vorsitzender Warmuth: Seit Frühjahr 1916 zeigte sich ein hartes

Drängen nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg.

Dieses Drängen verlor auch nicht an Kraft durch den Widerstand ziviler Instanzen. Vorbehaltlich der Verlesung von Niederschriften v. Holtenhoff's bitte ich Sie, zu beantworten: 1. Was bestimmte dieses Drängen nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg, welche Gefantheit also schien diesen erfolgreich zu machen? 2. Was rechtfertigte die Zuberstich in die Leistung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges? 3. Was war die Ursache, daß dieser mit Sicherheit angenommene Erfolg ausblieb? 4. Schließlich: War technisch eine Möglichkeit gegeben, den einmal ins Leben gesetzten rücksichtslosen U-Boot-Krieg wieder rückgängig zu machen?

Admiral Koch: Die englische Flotte hielt sich von Kriegsbeginn an dauernd von deutschen Gewässern fern. Wider Erwarten verzichtete England auf eine Seeschlacht; England konnte wohl nicht annehmen, daß die schwächere deutsche Flotte den Feind an seiner eigenen Küste unter ungünstigen Bedingungen aufsuchen würde. Wir mußten annehmen, daß das übermächtige England uns aufsuchen würde. England ging auch nicht zu einer völligen rücksichtslosen Blockade über in dem klaren Bewußtsein, daß, wenn es dies getan hätte, damit einen großen Teil seiner Flotte im

Blockadezustand zu versetzen haben würde. Letzten Endes wäre es doch wohl gegangenen gewesen, seine Schiffsflotte einzuziehen. England bemühte sich statt dessen, seine Kriegsschiffe vom Kriegsschauplatz zurückzuhalten, sie in sicheren Häfen aufzubewahren und statt eine Blockade nach internationalen Regeln eine solche zu eröffnen, die

allen Völkerrecht Vohn spricht.

Es konnte mit leichten Streikkräften und Hilfsfahrzeugen aller Art die Zugänge zur Nordsee absperren und durch wirtschaftliche und politische Ausnutzung des deutschen Volkes den Feind erzwingen unter gleichzeitiger Vergeßung von Neutralen. Auf diese Weise entstand die sogenannte Hungerblockade, die unsern Volk so schwere und entsetzliche Leiden gebracht hat, in deren Ausführung sich die englische Brutalität und Mißachtung jeder völkerrechtlichen Regelung zeigte. England setzte sich mit souveräner Mißachtung jeden Rechts über alles hinweg. Seit Herbst 1914 hatte England so seine Hand an unserer Gurgel, und Deutschland war dagegen fast machtlos. Da entstand in der U-Boot-Waffe das gegebene Mittel, dem englischen Wirtschaftsleben und damit schließlich auch seiner politischen Macht und der gesamten Kriegsführung der Entente im Vorkaustler der Verringerung seines Handelsraums Schaden zuzufügen. Die Stärke des U-Boots liegt in seiner Fähigkeit, den Feind unter Wasser anzugreifen und der gefährlichen Torpedowaffe auszuweichen. Allerdings mußte bei Verwendung der U-Boots eine untergeordnete Behan-

feindlichen und neutralen Schiffen

fast unterbleiben, wodurch eine Gefährdung der neutralen Beziehungen nicht ausgeschlossen war. Nach Ansicht des Admiralstabs mußte die Mäßigkeit auf Neutralität zurücktreten. In der Denkschrift des Admiralstabs, die am 22. Dezember dem Hauptquartier übergeben wurde, ist die Ansicht Holtenhoff's hierüber festgelegt. Darin heißt es, daß das Ende des Krieges unter allen Umständen baldigst herbeigeführt werden müsse, wobei auch die Folgen einer amerikanischen Kriegserklärung nicht abzuwägen seien. Aus blies mir die Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen das eine der sichere Untergang war. Die Antwort auf das deutsche Friedensangebot hatte gezeigt, daß unsere Feinde es auf die Verneinung Deutschlands abgesehen hatten. Admiral v. Holtenhoff war der Ansicht, daß die Zeit von da ab nicht mehr für uns, sondern gegen uns arbeitete, der Krieg könne auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden und außerdem verlangte die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der Marine. Die Meinung der Entente, auf annehmbarem Basis zum Frieden zu kommen, war für uns so gut wie ausgeschlossen.

Vorsitzender Warmuth: Wachte Herr v. Holtenhoff, daß die Willkürige Friedensaktion von Deutschland angetrieben und daß zwischen dem 12. Dezember und dem 1. Februar auf Wilson noch immer in gleicher Weise eingewirkt wurde?

Admiral Koch: Ich weiß es nicht genau, ich nehme es an; er war fast immer im Hauptquartier.

v. Bethmann Hollweg: Bei den diesjährigen Besprechungen mit Admiral v. Holtenhoff ist ich ihm wiederholt angeben, daß wir darauf hinwirkten, daß man möge einen Friedensappell veranlassen. Er hat diese meine Mitteilung immer mit Zögern erwidert: Wird uns aber Wilson auch einen annehmbaren Frieden vermitteln? Diese Stellung Holtenhoff's ist mir bekannt gewesen; sie hat mich aber nicht abgehalten, ihm zu sagen, mir wäre ein Friedensappell Wilson's nur erwünscht, und wir wirkten dahin, daß er einen solchen machte.

Vorsitzender Warmuth: War auch die Oberste Heeresleitung darüber orientiert, daß die Willkürige Friedensaktion von Deutschland angetrieben war, ist sie dauernd von uns auf dem Laufenden erhalten worden?

v. Bethmann Hollweg: In dieser Beziehung möchte ich auf den Inhalt der Akten Bezug nehmen.

Vorsitzender Warmuth: Aus eigenem Wissen können Erzellenz eine Antwort auf diese Frage nicht geben?

v. Bethmann Hollweg: Aus dem Gedächtnis möchte ich sie nicht geben, weil die Akten das Notwendige enthalten und weil ich auf jeden Fall darauf legen muß, mich nicht mit dem, was ich nach dem Gedächtnis sagen möchte, in Widerspruch zu setzen, mit dem Inhalt der Akten, nachdem drei Jahre darüber hinweggegangen sind. Was in den Akten steht, ist genau formuliert.

Vorsitzender Warmuth: Es handelt sich doch um so markante Dinge, daß ich glauben möchte, daß Erzellenz auch aus dem Gedächtnis etwas auszusagen können. Die Tatsache, daß von uns das Willkürige Friedensangebot angetrieben war und gefördert wurde, ist in der ganzen Friedensfrage so einschneidend, daß ich es nicht unterdrücken kann, zu sagen, daß das wohl doch in dem Gedächtnis Fuhr Erzellenz so kosten müsse, daß es auch jetzt noch möglich sein

muße, sich aus dem Gedächtnis heraus darüber zu äußern. Es ist dabei wohl möglich, daß

in Nebenabsichten ein Widerspruch

zwischen Aussage und Akten sich findet, aber selbstverständlich ist dabei eine Verletzung der Eidspflicht ausgeschlossen. Wir möchten nur wissen, inwiefern Sie der Obersten Heeresleitung von diesen Dingen Kenntnis gegeben haben.

v. Bethmann Hollweg: Diese Ausführungen des Vorliegenden zwingen mich, meine grundsätzliche Auffassung von meiner Stellung dem Ausschuss gegenüber hier kurzulegen. Ich bin als Ausführender Person geladen und werde unter Zeugniseid verwendet. Meine Aufgabe kann nur sein, dem Ausschuss in den Fällen, wo er sich aus den Akten nicht unterrichten kann, Auskunft zu geben, also eine Ergänzung der Akten zu liefern. Diese Ergänzung wird sich vornehmlich darauf beziehen, daß ich die Gründe und Ziele meines Handels Vorleses. Es kann aber nicht meine Aufgabe sein, nach dem Gedächtnis dem Ausschuss eine Darstellung der Geschehnisse und Begebenheiten zu liefern, die der Ausschuss aus den Akten sich selbst verschaffen kann. Wenn ich also jetzt gefragt werde: „In welcher Weise haben Sie nach Ihrem Gedächtnis die Oberste Heeresleitung über die Schritte unterrichtet, die Sie in Washington zur Herbeiführung eines Friedensappells des Präsidenten Wilson getan haben“, so würde die Voraussetzung sein, daß sich aus den Akten ergibt, ich hätte die Oberste Heeresleitung in der und der Weise unterrichtet, daß aber über einzelne Punkte Unklarheiten beständen und daß ich nunmehr auf Grund meines Gedächtnisses diese Lücken ergänze. Wenn die Sache so ausgefallen wird, tritt klar ins Licht, daß ich eine Hilfsperson des Ausschusses bin, und so lasse ich meine Stellung aus. Einwilligen Sie ich doch nicht als Angeklagter hier, sondern als Ausführender Person und Zeuge, und ich lege den größten Wert darauf, daß diese scharfe Schreibung gemacht wird. Wir stehen ja in einem eigentümlichen Verfahren. Es werden hier mit meinem beidseitigen Zeugnis Tatbestände festgestellt, auf Grund deren ich demnächst vielleicht

vor dem Staatsgerichtshof als Angeklagter

erscheinen muß. Das ist juristisch eine ungeheure Sache. Selbstverständlich wird mich diese Sachlage nicht davon abhalten, hier bei meiner verordneten Aussage die Wahrheit zu sagen. Ich will aussagen, was ich nach bestem Wissen und Gewissen aussagen kann. Ob sich daran

ein Anklageverfahren gegen mich

schließt, wird meine Sprache nicht beeinträchtigen. Aber wenn das der Fall ist, darf ich wiederholt bitten, mich nicht zu zwingen, nach meinem Gedächtnis eine Rekonstruktion von Tatbeständen vorzunehmen, die dem Ausschuss aus den Akten schon bekannt sind. Nach meiner Stellung als früherer Reichsminister kann von mir nicht verlangt werden, daß ich über die Einzelheiten der Ausführung von Direktiven, die ich gegeben habe, hier Auskunft gebe. Dazu habe ich meine Mitarbeiter, die in vollem Einklang mit mir gearbeitet haben. Selbstverständlich habe ich mich auch um die Ausführung der Direktiven gekümmert. Aber bei der

großen Komplexion dieses Weltkrieges

kann ich immer nur die großen Linien angeben, die es klar zu sehen gibt: was hat der damalige Reichsminister gewollt, aus welchen Gründen hat er es gewollt und welche Mittel hat er angewendet, um seinen Willen zur Durchführung zu bringen. Was in meiner Macht steht, werde ich aussagen, damit der Ausschuss zur vollen Erkenntnis der Sachlage kommt.

Sobald wird mir ein Telegramm vom 1. Oktober 1916 an den Freiherrn von Grünau überreicht: „Sie wollen nachfolgendes Telegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und in Abschrift dem Admiral von Holtenhoff zusenden.“ Das nachfolgende Telegramm hieß: „Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Seiner Majestät dem Kaiser angewiesen, den Präsidenten Wilson zum Entschluß eines Friedensappells zu veranlassen.“ Die Sache ist also absolut geklärt. Dieses Telegramm befindet sich bei den Akten. Der Ausschuss muß wissen, daß der Reichsminister seinen Vertreter im Großen Hauptquartier am 1. Oktober beauftragt hatte, sowohl der Obersten Heeresleitung wie dem Admiralstabs ausdrücklich Mitteilung zu machen, daß Graf Bernstorff auf Befehl des Kaisers diesen Schritt in Washington tat. Weiter wird mir aus den Akten ein Telegramm vom 27. November von Hindenburg vorgelegt: „Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenkt.“ Mir scheint, daß die Frage nunmehr

reflex beantwortet

ist. Wenn nach Ansicht des Ausschusses trotzdem noch Unklarheiten vorliegen sollten, so bitte ich um bestimm formulierten Fragen.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

August Gaul.

Die Sonderausstellung, die der Salon Cassirer zu Gault fünfzigstem Geburtstag veranstaltet hat, gibt einen Überblick über das, was dieser größte Tierplastiker unserer Zeit während der letzten zwanzig Jahre geschaffen hat. Das erste, was uns bei diesem Überblick auffällt, ist die selbstsame Tatsache, daß in der künstlerischen Tätigkeit Gauls innerhalb dieses Zeitraums keinerlei Entwicklung nach irgendeiner Richtung hin zu bemerken ist. Denn das im Laufe der Jahre deutlicher hervortretende Bestreben, auf Detailwirkungen zu verzichten, erscheint weder so konsequent noch so bedeutungsvoll, daß es als Richtschnur für eine Entwicklungslinie gelten könnte. Gaul zeigt sich in den Arbeiten von 1898 schon als der, der er heute noch ist, und der Haaber, den er auf jeden künstlerisch empfindenden und vorurteilsfreien Beschauer ausstrahlt, wirkt in jenen Frühwerken ebenso stark wie in seinen jüngsten Schöpfungen. Worauf beruht dieser Zauber?

Gaul gilt mit Recht als ein Vertreter des konsequenten Naturalismus in der Bildhauerkunst. Jede seiner Arbeiten ist ein impressionistisches Augenbild, das in allen seinen Teilen dem zugrundeliegenden Naturvorbild entspricht. Der sachverständige Zoologe, der Vieh- und Geflügelgärtner wird an der Korrektheit und Lebensnähe dieser Werke nichts zu bemängeln finden und das große Publikum gewahrt in der Gestalt, Haltung und Bewegung dieser Tierplastiken manderlei charakteristische Einzelheiten, die ihm in der Natur vielleicht nicht aufgefallen wären, die es aber sofort als absolut naturwahr anerkennt.

Diese Qualitäten würden die Arbeiten aber noch nicht zu Kunstwerken machen. Denn Geschichte plastische Abzisse nach der Natur könnten dieselben Befragungen erzielen. Was die Werke Gauls über das Niveau einfacher Naturkopien emporhebt, ist zunächst die ihnen unwohnende Kraft, im Augenbildbilde des einzelnen Tieres zugleich den Typus der Gattung zu charakterisieren. Und zwar nicht nur die äußeren Formen, sondern auch das innere Wesen des Typus. Seine Nase, auf deren vier eng aneinandergestellten Beinen sich ein gekrümmter Rücken und ein geringelter Schwanz aufbauen, gibt nicht nur das lebendige Kontext einer individuellen Nase und auch nicht nur die äußere Erscheinung des Kopentypus in besonders charakteristischen Zügen, sondern sie erweckt im Beschauer das ganz allgemeine Gefühl des sanftmütig elegant Gespannten und des anmütig Kraftvollen. Die äußere Form der Plastik wird zum Ausdruck eines inneren Erlebnisses und die gelungene Naturkopie zum Range eines naturalistischen Kunstwerks erhoben.

Aber ich fürchte, daß Gaul nicht nur als naturalistischer Künstler gewertet werden darf. Seine Arbeiten weisen vielmehr schon in eine Richtung, die aus dem Naturalismus hinaus zu neuen

Zielen führt. Die Ausdrucksfähigkeit seiner plastischen Formen ist an und für sich schon eine so starke, daß sie im Beschauer Empfindungen erweckt, die über den Eindruck bloßer Naturformen weit hinausgehen. In seinen besten Werken, z. B. in dem Adler (1903) und dem wunderbaren eisernen Wiber (1916), erreicht diese Ausdrucksfähigkeit eine Kraft, die jede bewusste Erinnerung an das Naturvorbild ausblüht und nur noch das reine Kunstmittel der Form wirksam werden läßt. In diesen Meisterwerken sind die Qualitäten allgärtiger Tierplastik mit denen eines hochentwickelten modernen Naturalismus zu organischer künstlerischer Einheit verschmolzen. Dieser Charakter, den nur ein ganz großer Künstler seinen Schöpfungen zu geben vermag, hebt die Arbeiten Gauls über die Bedingungen des Zeitgeschmacks und der einander bekämpfenden Schulen und Richtungen hinaus und verleiht ihnen einen Wert, der nicht vergänglich ist. Zumal die aus einer starken Persönlichkeit resultierende ausdrückliche künstlerische Rolle allen seinen Werken eigen einheitsvollen Stempel ausstrahlt und das Gefühl einer gewollten effektvollen Stilrichtung nicht aufkommen läßt.

Ueber die bekannten technischen Vorgehens Gauls, namentlich über die Struktur, mit der er aus jedem Material die ihm innewohnenden Ausdrucksmöglichkeiten herauszubolen weiß, und über die Meisterhaftigkeit seiner Oberflächenebenheiten, will ich mich bei dieser Gelegenheit nicht weiter auslassen. Unseren Lesern sei der Besuch der Ausstellung dringend empfohlen.

Dr. John Schilowski.

Ein Reichspräsident. Einen eingehenden Vorschlag zur Gründung eines Reichspräsidenten macht Dr. Karl Schaefer in den „Grenzboten“. Er erinnert an die legendäre Wirkung der französischen Akademie, die so viel für die Reinerhaltung der französischen Sprache getan hat, und meint, daß auch wir unbedingt einer Zentralstelle bedürften, von der eine vorbildliche Pflege der deutschen Sprache ausgeht. Das Reichspräsidenten hätte natürlich seinen regelmäßigen Einfluß unmittelbar nur auf den Sprachgebrauch der deutschen Reichsbehörden ausüben. Alle Behörden müßten wichtige Besprechungen vor dem Erscheinen dem Reichspräsidenten vorlegen; nichtamtliche Stellen und Einzelpersonen würden aber auch von hier aus mit Rat unterstützt werden. Die Arbeit dieser sprachlichen Behörde denkt sich der Verfasser so, daß in allen Fällen, in denen innerhalb der Reichsbehörden Zweifel über Sprachrichtigkeit auftreten, das Sprachamt für die Wahl eines guten Sprachgebrauchs sorgt. Diese Entscheidungen würden nach Stichworten zu sammeln sein, und so würde eine Art Vorkaustler des richtigen Sprachgebrauchs entstehen, dessen Begründungen selbstverständlich auch der Allgemeinheit zugänglich sein müßten. Ebenso wäre die möglichste Reinigung der deutschen Amtssprache von Fremdwörtern eine Aufgabe dieser Behörde, und dann müßte sie auch neuschöpferisch tätig sein, indem sie Vorschläge zur Debung der Ausdrucksfähigkeit unserer Sprache darbringt würde. Die Geschäfte des Sprachamts könnten von einer ganz kleinen Zahl von Beamten geführt

werden, die hervorragende Fachleute ohne jede Einseitigkeit und mit feinstem Sprachgefühl ausgestattet sein müßten; ihnen sollte dann eine größere Anzahl von freiwilligen Hilfskräften zur Seite stehen, und auch gute Kenner fremder Sprachen dürften nicht fehlen. Das Reichspräsidenten soll eine selbständige Behörde sein, die aber natürlich in enger Beziehung zu den anderen Behörden stehen müßte.

So sympathisch das Ziel dieses Vorschlags ist, so wenig ist doch die Frage geklärt, ob es auf diesem Wege einer Sprachbureaucratie zu erreichen ist. Ueberzeugend ist auch keineswegs die Berufung auf die französische Akademie, die vielfach die lebendige Verbindung mit der Sprachentwicklung verloren hat. (Die Red.)

Zum badischen Theaterkrieg nimmt eine gemeinsame Erklärung des Deutschen Bühnenvereins und der Bühnengenossenschaft Stellung, die in den amtlichen Organen der beiden Verbände veröffentlicht wird. Darin wird der bekannte, von Dr. Stahl gegen die Wahl des Direktors Fuchs zum Intendanten von Karlsruhe erhobene Protest für unbegründet erklärt und behauptet, daß der Protest „in ganz unqualifizierter,barer Weise aus den unsachlichen Beweggründen“ erhoben worden sei.

Straßenumtaufen in Wien. Der Wiener Stadtrat beschäftigt sich gegenwärtig mit der Aenderung der Namen von Straßen und Plätzen Wiens, die nach Mitgliedern des ehemaligen Herrscherhauses und ihres Anhanges benannt sind. Es sollen nur einige Ausnahmen gemacht werden: Der Franz-Josef-Ring, die Elisabethstraße und die Kaiser-Josef-Straße bleiben. Der Kaiser-Wilhelm-Ring wird wieder wie einst Parkring heißen. Der Karl-Lueger-Platz vor dem Rathaus erhält seinen alten Namen Rathausplatz. Ferner sollen die Namen folgender Männer in den Straßen Wiens berichtigt werden: Heinrich Heine, Marg. Engels, Raffale, Viktor Adler, Schuhmeier, Winaritz und Josef-Schu.

Die Hohkönigsburg, die von der Stadt Schleitstadt seinerzeit dem deutschen Kaiser zum Geschenk gemacht wurde, wird jetzt in ein elbäisches Nationalmuseum umgewandelt werden.

Sundbrunn. Der für heute abend angelegte Lieberabend von Caroline Doepfer-Hilcher sowie der Vortragsabend von Ludwig Baller müssen verlegt werden.

Widru Imveloven tritt am nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr, im Deutschen Theater nochmals auf.

Winkl. Im nächsten Villarronischen Konzert am 10. November tritt Elisabeth Schumann von der Staatsoper in Wien vor das Berliner Publikum. Richard Strauß wird an Stelle von Klisch das Konzert am 10. d. Mts. dirigieren. Generalprobe Sonntag 11 Uhr, 11 Uhr vormittags.

Vorträge. Dr. Max Apel spricht 8. Nov. 7 Uhr, in der Siemens-Oberrathaus, Charlottenburg, auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur über: Die Volkshochschule, Ideale und Fortschritt.

Ausstellungen. Der Künstlerverein „Vollst“ eröffnet sein 40. Vereinsjahr mit einer Ausstellung bei Westheim, Leipziger Str. 132, vom 10. bis 22. November, 10-5 Uhr.

Amnestie zum 9. November?

Berücksichtigt wird der Vorschlag gemacht, den Jahrestag der Revolution auch durch den Erlass einer allgemeinen Amnestie zu feiern. Hierzu ist zu bemerken, daß nach Artikel 49 der Reichsverfassung Reichsamnestien eines Reichsgesetzes bedürfen. Eine allgemeine Amnestie könnte also nur von der Nationalversammlung beschlossen werden, es ist uns nicht bekannt, daß bisher von irgendeiner Fraktion ein entsprechender Antrag eingebracht worden ist. Der Reichspräsident kann gemäß Artikel 49 nur in Einzelfällen ein Begnadigungsrecht ausüben, wir möchten wünschen, daß er davon Gebrauch macht zugunsten einer Anzahl politischer Verurteilter, deren anhängige Gesinnung und Motive niemand in Zweifel ziehen kann, namentlich zugunsten Ernst Zöllers.

Die Irreführung der Baltikumtruppen.

Am Mittwoch wurde, wie die B. S.-Korrespondenz mitteilt, ein durch Berlin kommender Urlaubszug der Eisernen Division, der unter Führung eines Leutnants Diebe stand, hier verhaftet. Die Vernehmung der Leute ergab, daß die Mannschaften über die allgemeine und politische Lage vollkommen falsch orientiert sind; so glaubten sie, daß die Amerikaner die baltische Operation unterstützen usw. Der Ernst der Lage ist ihnen offensichtlich von ihren Vorgesetzten verschwiegen worden.

Was ist ihnen versalles! „New York Times“ meidet, der allgemeine Eindruck auf dem Kapital sei der, daß der Friedensvertrag langsam auf dem roten Punkt ankomme; es bestehe jedoch die Möglichkeit, daß die Ratifizierung vor der Ende des Monats stattfindenden Tagung des Kongresses erfolge.

Groß-Berlin

Die Kommunisten und der 7. November.

Die Kommunisten planen, am kommenden Sonntag mehrere große Versammlungen unter rot-weißem Baldachin abzuhalten. Im Norden und Osten sind in der letzten Nacht große rote Plakate angeklebt worden, in denen die Anhänger des Spartakus-Bundes aufgeführt werden, am 7. November in Massen im Humboldtshain, Friedrichshain, Treptow zu erscheinen, wo bekannte Führer sprechen würden.

Märkische Turner gegen den „Richte“-Terror!

Die „Freie Turnerschaft“ Rixdorf und Ullmerode hat in scharfer Weise gegen die Verhältnisse des letzten Kreissturntages protestiert. Verstoßen wurde: Ablehnung der Uebernahme des Kreisturnvereins, Ungültigkeitserklärung aller gegen den Bund gerichteten Verträge, die Kreisbeiträge sind zu sperren, der 6. Bezirk ist als selbständig zu erklären. — Auch andere Kreisvereine haben bereits entsprechende Stellungnahmen gegen die Berliner radikale Richtung genommen und erklärt, nach wie vor treu zum Arbeiter-Turn- und Sportbund zu stehen.

Von Straßendiebstahl überfallen und ausgeplündert wurde gestern Abend auf dem Andreasplatz ein Tischler, der sich auf dem Heimwege befand. Zwei junge Männer sprangen ihn plötzlich an und packten ihn, so daß er sich nicht mehr rühren konnte. Während dann der eine ihm den Leberzucker halb abstreifte und die Hände auf dem Rücken festhielt, durchsuchte ihn der andere scheinbar die Taschen und raubte ihm alles, was er an Geld und Wertgegenständen bei sich hatte. Beide Räuber entkamen.

Selbstmord eines Studenten. Eine traurige Aufklärung hat das Verhängnis des 18 Jahre alten Studenten Jürgen Stammer aus der Wadenburg zu Charlottenburg gerundet der seit einigen Tagen vermißt wurde. Während man nach seinem Verbleib forschte, lebte der junge Mann in einem Hotel in der Torowienstraße ein und erlöschte sich dort gestern. Was ihn dazu veranlaßt, ist nicht bekannt. — Auch ein zweiter Vermisster wurde als Leiche wiedergefunden, ein 18 Jahre alter Telegrammbotelektiker Vismel, der bei dem Postamt in Friedmannsdorf beschäftigt war. Er wurde gestern vor dem Grundstück Halleisches Ufer 31 aus dem Landwehrkanal gefischt.

Mit der „Zimmerfalle“ arbeiten seit zwei Monaten zwei Stoffschneider, die erhebliche Summen erbeuten. Die Leiden mieten sich „zu Zweckzwecken“ irgendwo ein Zimmer, kaufen dann in Großhandlungen größere Mengen Stoffe und verschaffen Zahlung bei Zustellung der Ware in ihrem Geschäftsbureau. Hier nehmen sie dem Boten, der mit quittierter Rechnung erscheint, die Stoffe unter dem Vorwande ab, daß sie im Nebenzimmer nachgemessen werden sollen, und bedecken ihn, inzwischen zu warten. Die Schwindler lassen den Boten sitzen und verschwinden mit den Stoffen aus dem Hause. So sind ihnen jedesmal 10 000 R. und mehr in die Hände gefallen. Ihr „Bureau“, das sie im Luxus beziehen, benutzen sie natürlich immer nur einmal. Die Verkäufer nennen sich Goldstein, Rosenfeld, Löwenberg oder ähnlich. Die Schönberger Kriminalpolizei hat festgestellt, daß einer von ihnen ein Kaufmann und Geschäftsführer Jean Radelträger ist, der aber auch den Namen Chaim Radelträger führt. Es ist aber noch nicht gelungen, seiner oder seiner Spießgesellen habhaft zu werden. Die Großhandlungen werden vor den Schwindlern gewarnt.

Diebstahl im Rathaus. Eine wertvolle Bronzefigur ist aus der Magistratsbibliothek des hiesigen Rathauses gestohlen worden. Sie stellt Franz von Sickingen dar, ist eine Nebenfigur von einem Leiberdenkmal und etwa 40 Zentimeter hoch. Miteiltungen über ihren Verbleib nimmt die Dienststelle B. I. 3 des hiesigen Polizeipräsidiums entgegen.

Fortdauer der Verkehrseinschränkung. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Stelle erfährt, wird auch nach dem 15. November mit gewissen Einschränkungen im Personenverkehr zu rechnen sein. Welchen Umfang die späteren Verkehrseinschränkungen haben werden, steht noch nicht fest.

Die Postfahrräder gemindert. Wie amtlich gemeldet wird, sind von jetzt ab zur Postbeförderung wieder zugelassen: Sendungen mit barem Geld der Postinspektoren, für Volksernährung notwendige Behördenspakete (Lebensmittellisten usw.), Heftpakete, Pakete von Kriegsgefangenen in Durchgangslagern.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Panow. Ab Freitag 150 g Bismarck (83).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 21. Abteilung. Montag 7 Uhr Funktionärsversammlung bei Ködner, Annahme 6. 23.
- 25. Abteilung. Freitag 7 1/2 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsbeauftragten bei Voß, Kolon str. 15.
- Wilmersdorfer. Sonntag 7 Uhr in den „Brüderhäusern des Westens“, Späherstraße 3, Revolutionsfeier. Redner: Genosse Haarer Dr. Müller. Mitwirkende: Wilmersdorfer Männerchor, Chormänner (Königsplatz), Emil Kühne (Regattast.), Helmut Goldmann (Hafen), Emanuel Klein (Seige), Rolf Schramm (Keller). Nach dem künstlerischen Teil: Tanz.
- Pankow. Der Frauenabend findet heute nicht statt.

Der abgelehnte Generalstreik.

Abgeblasen!

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Morgennummer vom Donnerstag folgenden Aufruf:

Arbeiter und Angestellte!

Die berechtigten Hoffnungen der kämpfenden Metallarbeiter auf Verkündung des Generalstreiks sind durch die Berliner Gewerkschaftskommission zunichte gemacht worden. Die Gewerkschaftskommission hat es abgelehnt, zum allgemeinen Generalstreik aufzurufen.

Das verräterische Treiben der Rechtssozialisten hat bis in die Reihen der Gewerkschaftskommission hinein seine Wirkung getan. Vertreter der für das Gelingen der Aktion entscheidenden Berufe stimmten gegen die Beteiligung am Generalstreik.

Wie sie unannehmlich den Kampf um die bisherigen Arbeiterrechte in den Betrieben führen wollen, das bleibt der Verantwortung der Mehrheit der Gewerkschaftskommission und ihren politischen Drahtziehern überlassen. Die zum Aktionsausbruch gehörenden Vertreter der Hünzschnerkommission, des Metallartells, der U. S. P. und des Vollzugsrates sind in ihrem unabweisbaren Willen zur Tat durch den Beschluß der Gewerkschaftskommission gelähmt. Bei einer solchen Massenbewegung, wie es dieser Generalstreik bedeuten sollte, wäre ein gesplittertes Eingehen des Streiks untragbar gewesen. Die Bewegung war damit von vornherein zum Scheitern verurteilt. Irrendem Ergebnis dieses Riesenkampfes war danach nicht zu erwarten.

Wegen der von den Rechtssozialisten und den Gewerkschaften herausgegebenen Gegenparole mußten die für das Gelingen des Generalstreiks schon getroffenen Vorbereitungen rückgängig gemacht werden.

Der Kampf der Metallarbeiter geht unverändert weiter. Eine Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wird zu der neuen Lage Stellung nehmen.

In die Arbeiter und Angestellten der übrigen Industriegruppen ergoht nun der dringende Aufruf, den heroischen Kampf, den die Metallarbeiter jetzt allein für alle anderen um die Grundrechte der Arbeiterschaft fortsetzen müssen, mit den reichlichen Geldmitteln zu unterstützen! Habt Ihr jetzt nicht die Opfer eines Generalstreiks zu tragen, so erwacht Euch die heiligste Pflicht, mit verdoppelter Eifer die Bestrebungen für die schwerverwundete Metallarbeiterschaft zu betreiben.

Reigt durch Eure Opferbereitschaft, daß Ihr den Verrat der rechtssozialistischen Führer verachtet, daß Ihr zur unbedingten Abrechnung mit diesen Feinden jeder Massenbewegung entschlossen seid.

Die Hünzschnerkommission.

Das Metallartell.

Bezirksverband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Berlin-Brandenburg.

Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Das also ist das Ergebnis einer seit Tagen betriebenen, seit Wochen beabsichtigten wahnwitzigen Gebe, den leider noch immer andauernden Streik der Metallarbeiter auszulösen, um an ihm das Süpplein parteipolitischer Interessen zu kochen. In dem in Form eines Aufrufes abotenen hysterischen Gezeirische wird offen erklärt, daß die Drahtzieher des Generalstreiks mit ihrem beabsichtigten politischen Coup schließlich hineingefallen sind. Bei etwas Selbstbesinnung konnten sie sich vorher sagen, daß sie hineinfallen mußten! Wer auch nur etwas die Psyche der Arbeiter kennt, weiß, daß die Sucht, durch Selbstzerfleischung unsere herabgewirtschaftete Volkswirtschaft durch sinnlose Generalstreiks noch weiter herunterzuwirtschaften, bei der großen Mehrzahl der Arbeiter keinen Boden mehr findet.

In der erbarmungswürdigen Lage, in die sich die Körperschaften durch die unglückliche Ueberhöhung ihrer Kraft selbst gebracht haben, suchen sie nach einem Objekt, an dem sie ihre Wut wenigstens in Worten auslassen können. Anstatt die Worte Ruhez zu beherzigen, der ja im engeren Kreise offen zugegeben hat, daß man einen Generalstreik nicht zu Wege bringen könne, oder sich der Worte Richard Müllers zu erinnern, daß es Demagogie sei, wenn man jetzt noch scharf für den Generalstreik eintritt, machen sie nunmehr den Sozialdemokraten den Vorwurf des Verrats. Wie es in dem Aufruf heißt, hat das verräterische Treiben der Rechtssozialisten bis in die Reihen der Gewerkschaftskommission hinein seine Wirkung getan. Vertreter der für das Gelingen der Aktion entscheidenden Berufe stimmten gegen die Beteiligung am Generalstreik.

Reigt denn der „Verrat“ wirklich bei den Rechtssozialisten? Auch hier wieder belügen die Drahtzieher die Öffentlichkeit in der unverschämtesten Weise. Waren es doch gerade unabhängige Vertreter der Gewerkschaften, die in der, der gestrigen Sitzung der Gewerkschaftskommission vorausgegangenen Vorstandskonferenz sich gegen den Generalstreik wandten. Ist den Unterzeichnern des Aufrufes nicht bekannt, in welcher scharfer und durchaus gerechtfertigter Weise sich der der unabhängigen Partei angehörende Vertreter des Transportarbeiterverbandes gegen die Ueberheblichkeit wandte, mit der in der Hünzschnerkommission alle den Metallarbeitern entgegenstehenden Meinungen beiseite geschoben werden? Ist den Unterzeichnern des Aufrufes nicht bekannt, daß der unabhängige Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes und andere unabhängige Führer von Gewerkschaften sich gegen die Unverschämtheit wandten, mit der die Vollversammlung des unabhängigen Vollzugsrates es fertig brachte, die Berliner Gewerkschaften in diese unmögliche Situation zu bringen?

Das muß ihnen bekannt sein, und deshalb erscheint es uns so frevelhafter, daß die unglücklichen Strategen des Generalstreiks für ihre eigene Unfähigkeit jetzt die sozialdemokratische Partei beschimpfen.

Das, was die heissenlosen Drahtzieher in diesen Tagen getan haben, ist geradezu ein Verbrechen an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

An der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft liegt es, nicht nur in diesem Falle, sondern ein für allemal den Demagogen das Handwerk zulegen, die in der leichtfertigen Weise alles das aufs Spiel setzen, was in den Gewerkschaften durch jahrelange unermüdete Kleinarbeit für die materiellen Interessen der Arbeiter geschaffen wurde.

Erfreulicherweise liegt der Beschluß der Gewerkschaftskommission auf der gleichen Linie. Als einzige Befundung ver-

bleibende Tatsache all der wüsten Treibereien der letzten Tage ist zu buchen, daß auch ein Teil der ihrer schweren Verantwortung bewußten unabhängigen Gewerkschaftsführer deutlich abtrübt von den unverantwortlichen Herjörern des Gewerkschaftsgebahrens im unabhängigen und kommunistischen Lager.

Teilweiser Verkehrsstreik.

Wenn auch die Berliner Arbeiterschaft in ihrer Ueberwältigenden Mehrheit dem Ansinnen, in den Generalstreik einzutreten, nicht gefolgt ist, so hat doch die von Unabhängigen und Kommunisten in den letzten Tagen getriebene rührige Agitation unter den Verkehrsangehörigen bewirkt, daß einzelne Straßenbahner und Führer sich von den Lockungen einsagen ließen. Im allgemeinen arbeitete der Groß-Berliner Straßenverkehr am heutigen Morgen im Zentrum, Südwesten und Westen in ausreichender Stärke. Im Osten und Norden und in einigen Außenbezirken fehlte der Verkehr langsam ein, um dann am Mittag wieder seine volle Stärke zu erreichen.

Auf den Bahnhöfen 17 und 19 kam es zu Meibereien, da dort „Streikposten“ die Arbeiter am Betreten der Bahnhöfe zu hindern versuchten. Auch auf den Bahnhöfen Rosbit und Müllerstraße wollte ein Teil des Personals der vorher ausgegebenen Parole zum Generalstreik folgen. Als dann aber von überall her Nachrichten kamen, daß der Verkehr in der Stadt im Gange sei, entschlossen sich die beteiligten Straßenbahner, ihren Dienst wieder aufzunehmen.

Im Gegensatz zu ihren Kollegen von der Großen Berliner Straßenbahn hatten die Angestellten der Städtischen Straßenbahn in Nachberversammlungen den Streik beschlossen. Infolgedessen ruhte der Betrieb in den frühen Vormittagsstunden auf den städtischen Linien vollkommen. Es fanden jedoch dann im Laufe des Vormittags Verkehrsversammlungen der Streikenden statt, in denen man angeführte der neuen Lage den Streikbeschlusses wieder aufhob, so daß in der ersten Stunde der Verkehr sich regelmäßig abwickelte.

Uebt Solidarität!

In geschlossener Kampffront stehen seit sieben Wochen die Berliner Metallarbeiter im Auslande. In den letzten Tagen erst sind auf Beschluß der Hünzschnerkommission zu der großen Zahl der bisher Streikenden auch die bis dahin noch in der Industrie tätigen Metallarbeiter getreten. Der Ausstand und der Sympathiestreik erfordern entsprechend ihrem gewaltigen Umsange riesige Summen. Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist es, in freiwilliger Solidarität die streikenden Arbeitsbrüder materiell zu unterstützen. Auch da wird jede Summe noch zu gering sein, denn nach den in der Industrie herrschenden Verhältnissen wird selbst bei Wiederaufnahme der Arbeit ein ganz beträchtlicher Teil der Streikenden noch wochenlang außerhalb der Betriebe bleiben müssen.

Werd reichlich und freudig, denn es dürfen die Streikenden nicht beziffert haben, daß es ihren Führern bisher unmöglich war, einen Weg zur Wiederaufnahme der Arbeit zu finden!

Ein Gralshüter.

In der Vollversammlung des unabhängigen Vollzugsrates machte ein Unentwegter Urban von sich reden, der im Bericht der „Freiheit“ als der Vertreter der Lebensmittelbranche deklarieren wird. Der geistvolle Partegänger der unabhängigen Kommunisten empfahl, wie wir bereits mitteilten, unter stürmischem Beifall, die Lebensmittelbranchen in den Generalstreik einzubeziehen, denn die Arbeiterschaft werde schon einige Tage für die Interessen des Proletariats hungern. Auf den Vorbeeren, die der gute Mann in der Veranlassung ob seiner trefflichen Meinung erteilte, mochte er jedoch als tatendurstiger Vorkämpfer des Hungerstreiks nicht aushalten. Noch am gleichen Abend ging er in eine am Viechhofe tagende Versammlung der Schlächtergehilfen — er ist selbst Schlächter — und versuchte, seine Berufskollegen von seinen volksbeglückenden Ideen zu überzeugen. Sondernbarerweise waren die Versammelten nicht davon zu überzeugen, daß man den streikenden Metallarbeitern am sichersten hilft, wenn man ihnen und dem übrigen Proletariat Stockschläge auf den Rücken versetzt. Im Gegenteil: er wurde mit seinen verrückten Ideen gehörig nach Hause geschickt.

Wer ist denn nun „der Vertrauensmann der Lebensmittelbranche“?

In seiner Organisation ist er unbekannt. Er übt weder irgendwelche Funktionen aus noch ist er in irgendeinem Betriebe der Branche als Arbeiter oder sonstwie tätig. Seine Legitimation als Vertreter der Lebensmittelbranche in der Vollversammlung stützt sich darauf, daß der Mann arbeitsloser Schlächtergehilfe ist. Ob in der unabhängig-kommunistischen Körperschaft noch mehr solche Güter der neuesten Taktik sitzen? Fast möchte man es nach den allen gewerkschaftlichen Prinzipien widersprechenden Beschlüssen als zweifellos ansehen!

Kein Generalstreik in Braunschweig.

Der Vollzugsrat des Braunschweigischen Landesarbeiterrates hatte zu Mittwoch Abend eine Vollversammlung sämtlicher Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenvereine und der Betriebsräte der Stadt Braunschweig einberufen, in der zu der Aussperrung der Arbeiter der Firma Büßing und zu dem am Montag in einer öffentlichen Versammlung gefassten Beschluß, im Falle der Weigerung der genannten Firma, ihre Arbeiter sofort wieder einzustellen, den Generalstreik zu proklamieren, Stellung genommen wurde. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, geht aus den Berichten, die aus den einzelnen Betrieben erstattet wurden, hervor, daß bei der Arbeiterschaft Braunschweigs keine Stimmung für einen Generalstreik vorhanden ist. Von ihr bereit, den ausgesperrten Arbeitern durch finanzielle Unterstützung beizustehen, aber auf einen Generalstreik will man sich nicht einlassen. Besonders will man sich nicht in den Dienst der kommunistischen Partei stellen. Die Versammlung nahm einen Antrag an, wonach die Gewerkschaften aufgefordert werden, die Angelegenheit der Büßingschen Arbeiter durchzukämpfen bis zur Einstellung aller Aussperrten. Der Generalstreik in Braunschweig ist damit abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifabschluss im Bergbau.

Das Maschinen-, Kessel- und Bahnpersonal des Ruhrbergbaues nahm in einer Revierkonferenz in Essen den Bericht über die Tarifverhandlungen mit dem Besenverband entgegen.

Bezugnehmend auf den Bericht über die Annahme des Tarifs ein. In Hand der ausgenommenen Lohnkategorie bewies er, daß der Tarif eine Lohnherabsetzung im Durchschnitt von 4 M. pro Schicht bringe. Die Grundlage für eine weitere Verbesserung sei geschaffen, die großen Lohnunterschiede für ein und dieselbe Arbeit seien ausgemerzt.

In der regen Diskussion wurde das Jugendstudium als teilweise unzureichend bezeichnet. Die Organisationsvertreter und die Mitglieder der Lohnkommission traten dem entgegen. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Die in Essen tagende Revierkonferenz des Zentralverbandes der Maschinen- und Kessel- und Bahnpersonal mit 200 Delegierten beschloß, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen mit dem Besenverband. Die Konferenz bedauert, daß nicht alle Wünsche und Forderungen des Maschinen-, Kessel- und Bahnpersonals volle Berücksichtigung gefunden haben. Im Interesse des baldigen Wiederaufbaus unserer Wirtschaft glaubt die Konferenz die Zustimmung zu dem Tarifabschluss geben zu müssen. Sie beauftragt aber die Organisationsleitung, unverzüglich mit dem Besenverband in Verbindung zu treten, um einige Unklarheiten des Vertrags bestimmter festzulegen.“

Die Konferenz erwartet, daß bei der späteren Revision des Vertrags die Wünsche des Maschinen-, Kessel- und Bahnpersonals mehr beachtet werden. Die Konferenz spricht der Lohnkommission und den Organisationsvertretern das Vertrauen aus und gelobt, an dem weiteren Ausbau des Verbandes zu arbeiten, bis der letzte Verfassungstag Mitglied des Verbandes ist, da nur eine geschlossene Organisation die Garantie für eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bietet.

Durch die Annahme dieser Resolution ist die Bewegung für das Maschinen-, Kessel- und Bahnpersonal beendet. Wir hoffen und erwarten, daß seitens der Besenverwaltungen die im Tarif festgelegten Bestimmungen eingehalten und durchgeführt werden, nur dann kann das Wirtschaftswesen zur Ruhe kommen und der Erschütterungen bewahrt werden.

Postaussteller und Postausstellerinnen im mittleren Beamtenstand. In der Nr. 602 des „Vorwärts“ vom 8. unter obiger Überschrift gebrachten Mitteilung des Zentralverbandes der Angestellten werden wir von der Ober-Postdirektion um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht:

Die Angabe der Ober-Postdirektion vom 15. 10., daß die bisherigen jährlichen Entlassungen von Angestellten lediglich die Folge der Beendigung der Hauptzeit des Erholungsurlaubes sind, entspricht den Tatsachen. An sich trifft es zwar zu, daß auch Angestellte von der Entlassung betroffen wurden, die nicht erst im Laufe des Frühjahrs oder Sommers eingestuft waren. Es handelte sich jedoch dabei um Kräfte, welche bereits im Winter und Frühjahr bei der Personalregelung aus Anlaß der Rückkehr zahlreicher Beamten aus dem Kriege zur Entlassung gekommen waren, wenn nicht damals zur Durchführung des Urlaubs und zur Bewältigung des gesteigerten Verkehrs ein neuer Bedarf

aufgezeichnet wäre. Die andauernde Verkehrslage hat inzwischen die Einstellung weiterer Personal nötig gemacht. Es ist selbstverständlich, daß die Verwaltung hierbei, um Personal zu gewinnen, dessen mühevollen Ausbildung sich lohnt, auf die Annahme von Kräften Bedacht nahm, die nach ihrer Befähigung zur dauernden Verrichtung im Dienst geeignet waren, und daß bei dem infolge Beendigung der Hauptzeit des Erholungsurlaubes hervorgetretenen Mangel an Hilfskräften diejenigen geeignet gefunden worden ist, die entweder nicht dauernd für den Dienst geeignet waren, oder die es trotz wiederholter Aufforderung abgelehnt hatten, in das Beamtenverhältnis überzutreten. In dieser Hinsicht wird bemerkt, daß alle Hilfskräfte daraufhin geprüft worden sind, welche von ihnen zu Beamten oder Beamtinnen geeignet waren, und daß diesen sämtlich die dauernde Annahme angeboten worden ist, wobei die Anforderungen in Bezug auf Altersgrenze usw. gemindert wurden. Zahlreiche Hilfskräfte, namentlich weibliche, haben aber den Lebertritt in das Beamtenverhältnis abgelehnt; es ist mithin die Folge ihres eigenen Entschlusses, wenn sie zu denjenigen gehören, denen gefündigt werden mußte. Inzwischen sind für den Gesamtbereich der Reichspostverwaltung Bestimmungen getroffen worden, die zur Befreiung der Arbeitslosigkeit eine Ausdehnung der Kündigungsfrist bis zu sechs Wochen zulassen und die Beibehaltung sonst entbehrlich gewordenen Personals zu besonderen Leistungen ermöglichen, soweit nicht nach den Demobilisierungsvorschriften eine Entlassung eintritt. Im übrigen werden die Kündigungen und Entlassungen, was zu beachten ist, nicht seitens der Ober-Postdirektion vorgenommen, sondern es sind dafür die Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter zuständig. Diese gehen dabei nach den Demobilisierungsvorschriften und abgesehen von besonderen Fällen kurzen Bedarfs, in denen die Beamten- und Arbeiterausschüsse nicht erst zu hören sind, nur in Verbindung mit letzteren vor. Falls jemand sich zu Unrecht gefündigt wähnt, steht ihm die Berufung an die Ober-Postdirektion frei. Von ihr wird jeder Fall wohlwollend geprüft und auf die wirtschaftliche Lage der Beteiligten weitgehend Rücksicht genommen. Der Vorwurf unsozialen Handelns gegen die Ober-Postdirektion ist völlig unrichtig.

Verband der Lithographen und Steinbrucker.

Der zum 16. d. Mts. nach Regensburg eintreffende Verbandstag kann wegen der Verkehrsperre erst am 19. beginnen. Alle Arbeiterblätter werden gebeten, hieron Notiz zu nehmen.

Deutsche Telephonwerke. Freitag, den 7. Nov., nachm. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16, Besprechungsversammlung. Gegenstand: Die in der Besprechung, auch werden die Leistungen dort unterrichtet.

Kraftfahrer. Alle in der Metallindustrie beschäftigten Kraftfahrer Freitag, den 7. 11., nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16.

Eisenstrukturfabrik. Samstag, den 8. November, nachmittags 5 Uhr, bei Lummel, Sophienstr. 5, Vertrauensmännerkonferenz der gesamten Branche. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Achtung! R. H. G. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die noch keine oder die letzte Streckenabrechnung nicht abgegeben haben, müssen sie bis zum Freitag, den 10. 11. im Betriebsbüro abgeben. Bis dahin nicht abgegebene Unterstellungen kommen nicht mehr zur Abrechnung.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 14. Sektion C. (Maschinen-Belegbau, Eisenstein) Mitgliederversammlung Freitag, den 7. November 1919, abends 7 1/2 Uhr, Kaiser-Friedrich-Platz, Kaiser-Wilhelm-Str. 81. — Sektion D. (Gas, Wasser, Zentralheizung) Freitag, den 7. November 1919, abends 7 1/2 Uhr, Kaiser-Friedrich-Platz, Kaiser-Wilhelm-Str. 81. Mitgliederversammlung. — Sektion I.

Automobile, Flugzeug-Motoren, Motorenflugfabriken, Wagen- und Karosserien und Handel. Mitgliederversammlung Freitag, den 7. November, abends 6 1/2 Uhr, im Rosenhauser Hof, Berlin O., Rosenhauser Str. 11/12. — 8 a u p p e 11. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Adlon-Hotel, Potsdamer Platz 72. — Sektion Auto. Freitag, abends 6 1/2 Uhr, im Rosenhauser Hof, Rosenhauser Str. 11/12: Besprechung.

Band der technischen Angestellten und Beamten, Ostgruppe. Sektion C. Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 145, öffentliche Mitgliederversammlung. Referat: Betriebsratgesetz.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Heute abend 8 Uhr: Fortsetzung der Jubiläumsvorlesung im „Parthenhof“, Adenauer Straße 137.

Aus aller Welt.

Sturmtod in der Nordsee.

Der Kopenhagener „Politiken“ wird aus London gemeldet: In der letzten Nacht sind im Kanal während eines heftigen Sturms drei bis vier Schiffe untergegangen. Eine große Zahl von Menschen ist umgekommen.

Die Kohlenst. Hamburg und Bismarck liegen vor der Ost-Einstellung, wenn sie nicht Kohlen kriegen. — Die Pariser Untergrundbahn verkehrt nur langsam und die Direktion erklärt eine Stilllegung für nicht ausgeschlossen.

Los auf die Schieber! Durch Hannover kam Mittwoch ein Zug aus dem Rheinland mit 60 verhafteten Schiebern und Räubern, auch Frauen, alle schwer mit Zwicken behängt. In Neuenberg (Nordhann.) wurde in dem Café „Zur Post“ eine große Razzia auf Reitenhändler, Schleichhändler und Galustaschier vorgenommen, während in dem Café gegen zweitausend Personen anwesend waren. Achtzig Personen wurden verhaftet, größere Summen Geldes, auch ausländische Gelder, wurden beschlagnahmt. In Peine (Hannover) wurde eine große Speckdiebstahlung verurteilt. Zwei Waggons mit Speck im Werte von 700 000 M. wurden beschlagnahmt. Abfender und Empfänger der Ladung sollen unbekannt sein!

Familien drama. In Tarnowitz, Oberschlesien, fand man auf der Heerstraße den Arbeiter Magiera mit seinen 7 Kindern bewußtlos auf. Wiederbelebungsoversuche hatten nur bei dem Vater und zwei Kindern Erfolg. Fünf Kinder sind tot. Die Todesursache ist anscheinend auf Vergiftung zurückzuführen.

Als erstes deutsches Schiff in Amerika ist die Hamburger Bark „Rel ertrag“ der Reinhold-Importgesellschaft in Philadelphia eingetroffen. Die Bark landet dort Samstag.

Das neue schwere Eisenbahnrad, das wir Mittwoch früh meldeten, hat sich nicht in der Westschweiz, sondern unweit von Paris zugetragen. Betroffen wurden der Genfer und der Orient-Expresszug.

Lieber tot als in Bälgen! Der Feldmarschallleutnant Horstky hat sich entschieden, weil er, um seine Pension zu erhalten, hätte von Wien nach Bälgen in Böhmen übersiedeln müssen.

Im Wiener Arsenal sollen in Zukunft statt Munition Torfbricks erzeugt werden.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Redaktion; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin Verlag; Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin, Druck: Verlags-Gesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin Lindenstr. 5.

Ein Freudentag ist Waschtage



mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig“ Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung. Große Schonung der Wäsche. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe. Näh. d. Preisl. V. m. Anb. gratis. Kinkwaschmaschine zu Fabrikpreisen. „Liebig“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstr. 27A.

Yohimbin-Extrakt

zur Vergrößerung der männlichen Potenz. Preis 12,50 M. in Apotheken. Versand durch Apotheker Mehl, Hannover 12.

Möbel

u. Polsterwaren, Spezialität: Bürgerliche Wohnungsarrangements. Solide Arbeit. Großes Lager. Freie Hauslieferung.

M. Goldstaub
Berlin SW.
Belle-Alliancestr. 4
(Halleisches Tor)
Gekaufte Möbel können bis auf Abruf bei mir tauschen

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer

G. m. b. H., Berlin SW. 65, Lindenstraße 2

Gedenblätter zur ersten Wiederkehr des Revolutionstages

Der 9. November

Von Friedrich Stampfer. Preis 1 Mt.

Sturmvogel der Revolution

Von Adolf Braun. Preis 1 Mt.

Stoffe

Herren-Anzüge, Damen-Kostüme. Meter 20, 40, 60, 80, 100, 120.

Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

Schöne Augen

Wirdels German Augenwässer verschönern und vergrößern die Augen wunderbar, beseitigen alle Krankheiten des Auges, machen sie ausdrucksvoller und angenehmer, beseitigen alle Augenkrankheiten, wie: Entzündung, Hornhaut, Katarakt, Glaukom, etc. Preis 1 Mt. in Apotheken.

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Erfolgreiche Behandlung Horn- und Blauaugen

Spezialarzt Dr. Löser senior
Horn- u. Blauaugen, etc. Erfolge: eigene Heilmethode. **Rosenthaler Str. 69-70**, Ecke Lindenstraße, 9-1, 4-4, Sonnt. 9-1.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Erfolgreiche Behandlung Horn- und Blauaugen

Spezialarzt Dr. Müller
Friedrichstraße 130 II.
Erfolgreiche Heilmethode. Horn- und Blauaugen.

Verkäufe

Wollwaren, enorm billig. Jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Preis 1 Mt. in Apotheken.

Wollwaren, enorm billig. Jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Preis 1 Mt. in Apotheken.

Wollwaren, enorm billig. Jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Preis 1 Mt. in Apotheken.

Möbel

Schleif, Seife und Berren immer vorrätig. Solide Arbeit. Großes Lager. Freie Hauslieferung.

M. Goldstaub
Berlin SW.
Belle-Alliancestr. 4
(Halleisches Tor)
Gekaufte Möbel können bis auf Abruf bei mir tauschen

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer

G. m. b. H., Berlin SW. 65, Lindenstraße 2

Gedenblätter zur ersten Wiederkehr des Revolutionstages

Der 9. November

Von Friedrich Stampfer. Preis 1 Mt.

Sturmvogel der Revolution

Von Adolf Braun. Preis 1 Mt.

Stoffe

Herren-Anzüge, Damen-Kostüme. Meter 20, 40, 60, 80, 100, 120.

Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

Schöne Augen

Wirdels German Augenwässer verschönern und vergrößern die Augen wunderbar, beseitigen alle Krankheiten des Auges, machen sie ausdrucksvoller und angenehmer, beseitigen alle Augenkrankheiten, wie: Entzündung, Hornhaut, Katarakt, Glaukom, etc. Preis 1 Mt. in Apotheken.

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Erfolgreiche Behandlung Horn- und Blauaugen

Spezialarzt Dr. Löser senior
Horn- u. Blauaugen, etc. Erfolge: eigene Heilmethode. **Rosenthaler Str. 69-70**, Ecke Lindenstraße, 9-1, 4-4, Sonnt. 9-1.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Erfolgreiche Behandlung Horn- und Blauaugen

Spezialarzt Dr. Müller
Friedrichstraße 130 II.
Erfolgreiche Heilmethode. Horn- und Blauaugen.